

Anlage ...1... zu TOP I. 4.
der Sitzung des ASK GU

vom 16.11.04

Elisabeth Schildt Kanzlei 99 40667 Meerbusch

elschildt@aol.com

am 23. SEP. 2004

FAL	50
51	52
53	54
55	56

Stadt Meerbusch
DER BÜRGERMEISTER
Straßen und Kanäle
Postfach 16 64
40641 Meerbusch

Stadt Meerbusch
Büro Bürgermeister

Eing. 15. Sep. 2004

14.09.2004

Verkehrssituation „Hohegrabenweg“ zwischen „Kanzlei“ und „Neckdenbroicherstraße“ in Böderich (Schulwegsicherung)

Sehr geehrter Herr Spindler,

vielen Dank für Ihr Antwortschreiben vom 6.9.2004.

Leider sind Sie in Ihrem Schreiben nicht auf das Anliegen meines Schreibens vom 19.08.2004 sowie das der anderen Anwohner/innen o.g. Straßenteilstücks (auch Schulweg) eingegangen: der überörtliche und auch innerörtliche Durchgangsverkehr. Dabei werden die vorgeschriebenen 30 km/h nicht eingehalten.

Wie Sie in Ihrem Schreiben vom 6.9.04 darlegen, handelt es sich bei dem o.g. Straßenteilstück im Sinne des Verkehrsentwicklungsplans um eine Anliegerstraße mit der Andienung der unmittelbar erschlossenen Nutzung (also auch für die Zufahrt der Straße „Winnendonk“) und nicht um eine überörtliche Durchgangsstraße.

Am 10.09.2004 fand ein Gespräch zwischen POK Hr. Goergens, Fr. Lauf vom Hohegrabenweg 6 und mir statt. Dabei sicherte Herr Goergens weitere polizeiliche Kontrollmaßnahmen zu.

Jedoch verbesserte sich die Situation des morgendlichen Einfahrtsverbots während der Schulzeit durch solche Kontrollen, die schon mehrfach durchgeführt wurden, nicht.

Ebenso wenig wurde durch das Umstellen des Verkehrszeichen 222 (vorgeschriebene Vorbeifahrt rechts) die Problematik des Einmündungsbereichs „Kanzlei / Hohegrabenweg“ verbessert (siehe Ihr Schreiben vom 6.9.04).

Um es nochmals auszudrücken: Das Problem besteht in der Nutzung des o.g. Straßenteilstück, welches auch Schulweg ist, als überörtliche Durchgangsstraße.

Allein eine bauliche Änderung kann dieses Problem lösen.

Außerdem erwarte ich immer noch eine Stellungnahme Ihrerseits, warum Ihnen die Interessen des Durchgangsverkehrs um so vieles wichtiger ist als die Sicherheit der Schulkinder, der Anwohner/innen sowie deren Kindern.

Wir Anwohner stellen den Antrag, dass diese Problematik als Bürgeranhörung im Verkehrsausschuss behandelt wird.

In Erwartung einer Antwort auf diese dargestellte Problematik, auch an die Anwohner/innen, welche sich schriftlich an Sie gewandt haben, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

E. Schildt

824
60